

*Neue Vorschriften
und Eingriffe
der Behörden
erschweren die freie
Religionsausübung in
Tibet.*

**INTERNATIONAL
CAMPAIGN
FOR TIBET**
Deutschland e.V.

ICT Deutschland
Schönhauser Allee 163
10435 Berlin
Tel.: +49(0)30 2787 9086
Fax: +49(0)30 2787 9087
info@savetibet.de
www.savetibet.de

RELIGIONS AUSÜBUNG IN TIBET WEITER EINGESCHRÄNKT

Religionsfreiheit und Religionsausübung in Tibet sind in den vergangenen Monaten massiv eingeschränkt worden. Seit Dezember 2006 sind eine Reihe von Vorfällen bekannt geworden, bei denen die chinesischen Behörden die Teilnahme an buddhistischen Feierlichkeiten unterbunden oder streng reglementiert haben. Die Beschränkungen betrafen vor allem aktive und pensionierte Angestellte der öffentlichen Verwaltung und Parteimitglieder, aber auch Studenten und Schulkinder. Auch im rechtlichen Bereich hat der Staat seinen Einfluss erweitert.

Neue Vorschriften am 1. Januar in Kraft getreten

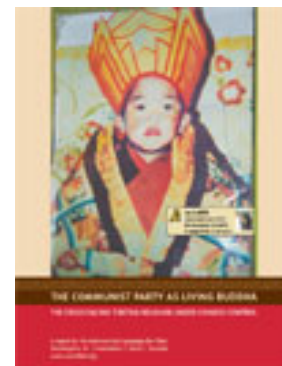
Am 1. Januar 2007 sind in der Tibetischen Autonomen Region (TAR) Ausführungsbestimmungen über die Religionsausübung in Kraft getreten, die am 19. Dezember von der Regionalregierung der TAR verabschiedet worden waren. Das Regelwerk basiert auf den am 1. März 2005 in Kraft getretenen "Regulations for Religious Affairs", die die Religionsausübung in China regeln sollen. Wie diese Vorschriften sehen auch die Ausführungsbestimmungen in der TAR vor, dass lediglich "normale religiöse Aktivitäten" geschützt sind. Allerdings finden sich in den Ausführungsbestimmungen für die TAR auch einige für Tibet spezifische Regelungen, die beispielsweise das Verfahren über die Anerkennung von Reinkarnationen hochrangiger Geistlicher festlegen. Peking hat in der Vergangenheit massiv in die Bestimmung reinkarnierter Geistlicher eingegriffen und mit der Entführung des vom Dalai Lama anerkannten 11. Panchen Lama im Jahre 1996 und der Einsetzung eines von der Staatsführung in Peking ausgewählten Jungen seine Entschlossenheit gezeigt, jegliche Autonomie in der Organisation des tibetischen Buddhismus zu unterbinden. Die Regelungen gehen auch in anderen Teilbereichen des religiösen Lebens soweit, dass etwa Maßnahmen zur Restaurierung oder Reparatur an Klostergebäuden oder anderen "Orten religiöser Aktivität" der Genehmigung der Behörden bedürfen. Ferner müssen Personen, die aufgrund ihrer religiösen Ausbildung Stationen in unterschiedlichen Klöstern durchlaufen, für die Überschreitung von Kreisgrenzen Genehmigungen beantragen, was ihre Mobilität und damit auch die praktische Durchführung der Ausbildung erheblich behindern dürfte. Insbesondere

Anlass zur Besorgnis gibt der ausführliche Katalog an Sanktionsmaßnahmen, der im Falle von Verstößen strafrechtliche Verfolgung, Verwaltungsmaßnahmen oder die Amtsenthebung von religiösen Würdenträgern vorsieht.

Verbot von Kloster- und Tempelbesuchen

Der im indischen Dharamsala ansässigen Organisation 'Tibetan Centre for Human Rights and Democracy' (TCHRD) zufolge haben die chinesischen Behörden in Lhasa Schulkindern die Teilnahme an religiösen Aktivitäten während des Monats 'Saka Dawa' verboten. 'Saka Dawa', der am 17. Mai begann, ist der vierte Monat im Kalender des tibetischen Buddhismus und gilt Gläubigen als heilig, die ihn mit zahlreichen religiösen Aktivitäten begehen.

Im März diesen Jahres hatten die Behörden ebenfalls im Stadtgebiet von Lhasa den Besuch von Klöstern und Tempeln verboten. Das Verbot war für den 14. März ausgesprochen worden, offenbar in Reaktion auf einen öffentlichen Aufruf der tibetischen Exilregierung, an diesem Tag weltweit sog. "Long Life Prayers" für die Gesundheit des 14. Dalai Lama abzuhalten. 



"The Communist Party as living Buddha" - der neue ICT-Bericht. Online unter www.savetibet.de/publikationen.

IN DIESER AUSGABE

Seite 2.....Parlamentarische Initiativen unterstützen Dialogbemühungen

Seite 3.....Kritik an Belgien wegen Druck auf Dalai Lama

Seite 4.....Nachrichten in Kürze

Mitglieder aus
elf Parlamenten
haben ihre
Unterstützung für die
Dialogbemühungen
zum Ausdruck
gebracht.

PARLAMENTARISCHE INITIATIVEN UNTERSTÜTZEN DIALOGBEMÜHUNGEN

Parlamentarier aus mittlerweile elf Parlamenten in Europa und Nordamerika, zuletzt in britischem Unterhaus und schwedischem Reichstag, haben ihre Unterstützung für die Fortführung der Dialogbemühungen zwischen Tibetern und Chinesen zum Ausdruck gebracht. Die seit 2002 in unregelmäßigen Abständen stattfindenden Gespräche zwischen Gesandten des Dalai Lama und Vertretern der chinesischen Staatsführung sind offenkundig ins Stocken geraten, da seit der letzten Runde im Februar 2006 keine weitere Zusammenkunft mehr vereinbart worden ist. Die Gespräche sollen zu einer Annäherung von Tibetern und Chinesen und letztlich, so die erklärte Hoffnung der tibetischen Seite, einer friedlichen Lösung der Tibetfrage führen.

Parlamente anerkennen Interessenlagen beider Seiten

Die parlamentarischen Initiativen anerkennen die Interessenlagen beider Seiten. Das Europäische Parlament legt beispielsweise in seiner richtungweisenden Resolution vom 15. Februar 2007 "der Regierung der Volksrepublik China und dem Dalai Lama nahe, (...) den Dialog ohne Vorbedingungen wieder aufzunehmen und fortzusetzen, und zwar in einer zukunftsorientierten Weise, die pragmatische Lösungen ermöglicht, welche mit der territorialen Integrität Chinas in Einklang stehen und den Erwartungen des tibetischen Volkes Rechnung tragen". In der Folge haben Parlamentarier in unterschiedlichen Ländern, darunter Frankreich und Großbritannien, aber auch ein Kleinstaat wie Liechtenstein, die Resolution des Europäischen Parlaments aufgegriffen. Insgesamt wurden folgende parlamentarischen Initiativen umgesetzt:

- Resolution des Europäischen Parlaments am 15. Februar 2007;
- Entschließung des kanadischen House of Commons am 15. Februar 2007;
- Entschließung des schottischen Regionalparlaments, eingebracht am 26. Februar;
- Interfraktionelle schriftliche Fragen schweizer Parlamentsabgeordneter an das Außenamt der Schweiz, eingebracht am 12. März 2007;
- Schriftliche Fragen österreichischer Abgeordneter an das österreichische


- Außenamt, eingebracht am 13. März 2007;
- Anhörung im US-Repräsentantenhaus am 13. März 2007;
- Schriftliche Aufforderung polnischer Sejmapgeordneter an den Ausschuss für Auswärtige Angelegenheiten, eingebracht am 15. März 2007;
- Entschließung von französischem Senat und Nationalversammlung, März/April 2007;
- Entschließung des Landtags Liechtensteins vom 25. April 2007;
- "Early Day Motion" des britischen Unterhauses vom 18. Mai 2007;
- Parlamentsdebatte im schwedischen Reichstag am 28. Mai 2007.

Dialogbemühungen schon in den 80er Jahren

Schon in den 80er Jahren, 1982 und 1984, hatten zwei Gesprächsrunden zwischen Tibetern und Chinesen stattgefunden, die jedoch aus Mangel an greifbaren Ergebnissen nicht fortgeführt worden waren. Vorausgegangen war diesen Gesprächen die Ankündigung Deng Xiaopings im Jahre 1979, außer der Unabhängigkeit Tibets könne "alles diskutiert und auch gelöst" werden. In diesem relativen Frühling der sino-tibetischen Beziehungen, der bald wieder ein Ende finden sollte, fiel auch die positive Reaktion der chinesischen Staatsführung auf den sog. "Fünf-Punkte-Plan" des Dalai Lama. Peking hatte das damit verbundene erneute Gesprächsangebot des geistlichen und weltlichen Oberhauptes der Tibeter ausdrücklich begrüßt. 1989, im Jahr der gewaltsamen Niederschlagung der Demokratiebewegung, kündigte die Staatsführung ihre Dialogbereitschaft wieder auf. In den 90er Jahren herrschte zwischen Peking und Dharamsala, dem Sitz der tibetischen Exilregierung, weitgehend diplomatische Funkstille, bis im Jahre 2002 die Gespräche wieder aufgenommen worden waren. Seither berieten sich Tibeter und Chinesen insgesamt fünfmal, wobei die Gespräche sowohl in China, als auch in der Schweiz stattfanden.

"Neues Niveau der Gespräche"

Der Sondergesandte des Dalai Lama, Lodi Gyari, hatte am 14. November in der Brookings Institution in Washington Auskunft über den Stand der Gespräche zwischen dem Dalai Lama und der chinesischen Regierung gegeben. Gyari erklärte,

dass diese Diskussionen ein neues Niveau erreicht hätten: „Beide Seiten haben mittlerweile ein tieferes Verständnis der jeweils anderen Position und davon, wo die gravierenden Unterschiede liegen.“ 

DALAI LAMA SAGT BELGIEN-BESUCH AB

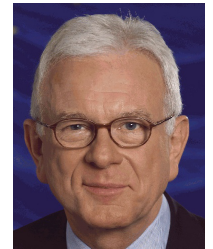
Die belgische Regierung hat Anfang Mai in Reaktion auf chinesischen Druck den Dalai Lama gebeten, einen lange geplanten Besuch in Brüssel abzusagen. Die Bitte der belgischen Regierung wurde in direktem Zusammenhang mit einer bevorstehenden Reise einer vom belgischen Kronprinzen geführten hochrangigen Handelsdelegation nach China gesehen. Das geistige Oberhaupt der Tibeter sollte während seines Brüssel-Besuches am 11. und 12. Mai mit Abgeordneten des Europäischen Parlaments zusammen treffen und an einer weltweiten Konferenz von Tibet-Unterstützergruppen teilnehmen. Peking wendet sich seit langem vehement gegen Auslandsbesuche des Dalai Lama. ICT hat die Absage scharf kritisiert: 'Wir sind sehr enttäuscht über die Haltung der belgischen Regierung. Es ist nicht tragbar, dass ein Mitgliedsstaat und zudem Gründungsmitglied der Europäischen Union Chinas Machtpolitik nachgibt, die nur darauf aus ist, die Position des Dalai Lama, der für Frieden und Versöhnung eintritt, massiv zu unterminieren.' "Der Absage in diesem Jahr war bereits eine unter ebenfalls sehr kontroversen Umständen erfolgte Verschiebung eines Besuchstermins im Juni 2005 vorausgegangen. Damals war der Besuch des Dalai Lama mit einer Reise des belgischen Königs Albert II. nach China zusammengefallen.

"Missliche Lage"

Den Vertretern des Dalai Lama zufolge hatte sich der Dalai Lama entschlossen, seinen Besuch abzusagen, um damit den fortdauernden Einsatz des belgischen Volkes für die Sache Tibets zu würdigen. Ferner entspräche dies seiner Grundsatzentscheidung, dem entsprechenden Gastgeberland keine „Unannehmlichkeiten“ verursachen zu wollen. Angaben der tibetischen Exilregierung zufolge hat der belgische Botschafter in den Vereinigten Staaten den Dalai Lama von der "misslichen Lage" seiner Regierung informiert.


"Kein Verständnis für Belgien" - Reaktionen

Mit deutlichen Worten hat der Präsident des Europäischen Parlaments, Hans-Gert Pöttering, das Verhalten der belgischen Regierung im Rahmen der Absage des Dalai Lama-Besuches kritisiert. In einer Aussprache des Parlaments am 21. Mai in Straßburg erklärte Pöttering, er habe den belgischen Ministerpräsidenten um Aufklärung in dieser Frage gebeten. Pöttering sieht die Rechte des Parlaments betroffen, wenn die Einreise von Gesprächsgästen des Parlaments durch Belgien unterbunden wird und rief die Abgeordneten dazu auf, ein solches Verhalten unter keinen Umständen zu akzeptieren. In der gleichen Debatte äußerten sich auch Vertreter der Grünen und der konservativen EVP-ED kritisch. Pöttering hatte erklärt, sein geplanter Gesprächstermin mit dem Dalai Lama sei unter Vermittlung der deutschen Bundeskanzlerin Angela Merkel zustande gekommen. In Deutschland äußerte sich die Friedrich-Naumann-Stiftung und zeigte für die Haltung der belgischen Regierung "kein Verständnis". Kritik kam auch aus der FDP-Bundestagsfraktion in Berlin.



Hans-Gert Pöttering. Foto: Europäisches Parlament.

E-Mail-Aktion: kurzfristig mehr als 1.000 Appelle

An einer E-Mail Protestaktion an den belgischen Außenminister haben kurzfristig mehr als 1.200 ICT-Unterstützer teilgenommen. ICT hat ihre Kritik zudem in einem Schreiben an den belgischen Außenminister de Gucht mitgeteilt. 

Tibet-Briefing

Informationsblätter der International Campaign for Tibet Deutschland e.V. (ICT), Nr.1, Juni 2007.

International Campaign for Tibet Deutschland
Schönhauser Allee 163, 10435 Berlin.

Redaktion: Kai Müller (V.i.S.d.P.). © ICT.

Redaktionsschluss: 13. Juni 2007.

Schon 2005 hatte
der Dalai Lama einen
Belgien-Besuch
absagen müssen.

NACHRICHTEN IN KÜRZE: PILGERREISE - PROTESTE - "ÖKOGÜRTEL" IN TIBET

Dalai Lama erneuert Wunsch nach Pilgerreise in die Volksrepublik China


Der Dalai Lama hat in einem Beitrag für die Zeitschrift Newsweek seinen Wunsch nach einer Pilgerreise in die Volksrepublik China bekräftigt. Ziel dieser Reise, so der Dalai Lama, könne der „Berg der fünf Gipfel“, chin. Wu T'ai Shan, im Norden Chinas sein, der eine bedeutende buddhistische Pilgerstätte ist und schon vom 13. Dalai Lama besucht worden war. Bei seiner ersten Reise nach China verweigerten die chinesischen Behörden eine Reise zum Wu T'ai Shan, mit dem Hinweis, die Straßen seien unpassierbar. „Ich bin mir sicher, dass der Weg heute frei ist“, äußerte sich der Dalai Lama in Newsweek.

Mit einer Pilgerreise nach China wird die Hoffnung verbunden, dass sich die Beziehungen zwischen Tibetern und Chinesen verbessern könnten und sich eine Möglichkeit für ein direktes Gespräch zwischen dem Dalai Lama und Chinas Staatspräsident Hu Jintao ergebe. Zuletzt hatte das Europaparlament in einer Erklärung auf den entsprechenden Wunsch des Dalai Lama und der Exiltibeter hingewiesen.

Hochrangiger Geistlicher verweigert sich "patriotischer Umerziehung" und wird abgesetzt


Der Leiter und Abt eines bedeutenden buddhistischen Klosters in Tibet wurde laut eigener Auskunft gezwungen, von seinem Amt zurückzutreten, nachdem er die Unterschrift unter Dokumenten verweigert hatte, die den Dalai Lama verunglimpfen.

‘Ich äußerte mich laut und deutlich und weigerte mich zu unterschreiben. Ich erklärte, ich würde nicht unterzeichnen, auch wenn es mich mein Leben kostete, eine lange Haft oder die Todesstrafe zur Folge hätte’, sagte Khenpo Tsanor, Abt des Klosters Dungkyab in der Region Gade in der Tibetisch Autonomen Präfektur Golog, Provinz Qinghai gegenüber dem tibetisch-sprachigen Dienst von Radio Free Asia. Demzufolge sei der Abt Mitte Mai von seinen Ämtern im Kloster zurückgetreten, heißt es in der entsprechenden


Meldung vom 31. Mai 2007. 

Gewaltsame Proteste gegen Bergbauprojekt

Mehrere Hundert Tibeter haben in der tibetischen Region Kham (chinesische Provinz Sichuan) gegen ein Bergbauprojekt protestiert. Dabei ist es teilweise zu gewaltsamen Ausschreitungen gekommen, wobei Fahrzeuge der örtlichen Behörden demoliert und Berichten zufolge auch Behördenvertreter von den Protestierenden angegriffen worden seien, meldet die Nachrichtenagentur Reuters am 11. Juni.

Reuters zufolge hätten Anwohner der tibetischen Stadt Bamei Ende Mai gegen die weitere Ausbeutung von Zink- und Bleivorkommen am Berg Yala protestiert, weil dieser Berg zu den neun heiligen Bergen des tibetischen Buddhismus gehöre. Acht Gemeindeälteste gelten als vermisst, nachdem sie an die Provinzbehörden in Chengdu appelliert hatten, den Rohstoffabbau am Berg Yala einzustellen. Bewohner gehen davon aus, dass sie in Haft genommen worden sind. 

Peking plant "ökologischen Gürtel" in Tibet

Die chinesische Regierung hat am 4. Juni der Öffentlichkeit ein eigenes Klimaschutzprogramm vorgestellt und auf die Folgen des Klimawandels in Tibet für China und Tibet selbst hingewiesen. Einem Medienbericht der staatlichen Xinhua vom selben Tag zufolge will die Zentralregierung ferner rund eine Milliarde Euro für einen sogenannten "ökologischen Gürtel" in der Tibetischen Autonomen Region ausgeben. In der Meldung war die Ankündigung enthalten, dass auch Projekte zur Ansiedlung von Nomaden geplant seien. ICT hat in der Vergangenheit darauf hingewiesen, dass gerade die Zwangsansiedlung tibetischer Nomaden dazu geführt habe, dass eine ökologisch nachhaltige Lebensweise zerstört wird. 

Hinweis: Internetseite des Tibet-Gesprächskreises im Deutschen Bundestag, zu erreichen unter: www.tibet-gespraechskreis.de.